

PRESSEMITTELUNG

SPD Eltville begrüßt neuen Beschluss

ELTVILLE – Die in der letzten Stadtverordnetenversammlung stattgefundenen Beschlussfassung zur Durchführung des Babiniprogrammes, nun endlich auch in Eltville, findet die ausdrückliche Unterstützung der SPD. In Eltville kursierende Gerüchte über unsere Haltung hierzu geben uns Anlass zu dieser Erläuterung.

Dass durch die Beschlussfassung der Eltviller Stadtverordnetenversammlung nun auch endlich die Eltern dieser Stadt, die Kinder im letzten Kindergartenjahr haben, in den Genuss der teilweisen oder ganzen Beitragsfreiheit kommen, wird von der SPD ausdrücklich begrüßt.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass sämtliche Mittel, die hierfür vorgesehen waren, auch tatsächlich in die Taschen derer fließen, für die sie vorgesehen sind, nämlich in die Taschen der Eltern, die Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung im Kindergarten haben. Diese erhalten damit eine spürbare finanzielle Entlastung.

Die SPD will aber in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male klarstellen, dass es sich dabei in keinsten Weise um eine Finanzierung aus Mitteln des CDU - regierten Landes Hessen handelt, auch wenn immer so getan wird, sondern zum allergrößten Teil aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleiches, d.h. Mitteln der Kommunen.

Über die Haltung der Eltviller SPD zur Anwendung des Babiniprogrammes gab es nach unseren Informationen im Vorfeld zu der letzten Stadtverordnetenversammlung Irritationen. Neben der Kritik über die Herkunft der finanziellen Mittel haben wir immer die Beteiligung der Stadt Eltville an diesem Programm gefordert, nie etwas anderes dazu

gesagt. Wir haben darüber hinaus dafür gesorgt, dass der Versuch, nicht alle Mittel an die betroffenen Eltern auszuzahlen, sondern einen kleineren Teil davon im städtischen Säckel verschwinden zu lassen, wie es der CDU lieber gewesen wäre, nicht erfolgreich war. Die dann geänderte Vorlage des Bürgermeisters, die den Stadtverordneten als Tischvorlage in der vorletzten Sitzung gegeben wurde mit dem Anliegen der sofortigen Abstimmung, wurde mit Stimmen der SPD nicht sofort, sondern in der darauf folgenden Sitzung ordentlich verhandelt und mit unserer Zustimmung verabschiedet.

Unsere weitergehende Forderung, die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres dauerhaft nicht von einer Haltung der Landesregierung abhängig zu machen, sondern als Stadt dies unseren Eltern zu garantieren, wurde insbesondere von der CDU heftig attackiert und folglich abgeschmettert. Wir sind dabei fest der Meinung, dass eine verlässliche finanzielle Planbarkeit für die Familien wichtiger ist, als mal so dann und wann von Wohltaten einer Landesregierung zu profitieren. Dass gerade die CDU hemmungslos soziale Leistungen wegnimmt, hat sie 2004 bewiesen. Diese Unsicherheit wollten wir den Eltviller Eltern ersparen.